

## Expressis verbis

»Zweifellos beginnt menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle.«

*Der Bonner Neuropathologe Oliver Brüstle, der mit embryonalen Stammzellen getöteter Embryonen forscht, im Interview der Zeitung »Die Welt«.*

»Für mich ist der Mord, der bei einer Abtreibung geschieht, schwerwiegender als der Mord an einem Erwachsenen.«

*Der Vorsitzende der Philippinischen Bischofskonferenz, Erzbischof Fernando Capalla von Davao, in einem Radiokommentar.*

»Jetzt wäre es eigentlich an der Zeit.«

*Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, über die dem Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Pflicht zur Überprüfung der gesetzlichen Bestimmung zur Abtreibung.*

»Es ist offensichtlich, dass es auf Seiten der USA (...) keine Intention gab, neue Rechte (...) zu schaffen, darunter eines auf Abtreibung. Durch die Auseinandersetzung zeigte sich, dass Kanada und einige europäische Staaten die damaligen Erklärungen zur Interpretation eines internationalen Rechtes auf Abtreibung verwenden wollten. (...) Wir sind sehr froh, dass so viele andere Regierungen ihre Übereinstimmung mit unserer Position signalisiert haben.«

*US-Botschafterin Ellen Sauerbrey Anfang März auf der Konferenz der Frauenkommission der Vereinten Nationen in New York, die die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 überprüfte.*

»Frankenstein-Report«

*Die britische Labour-Abgeordnete Geraldine Smith über einen Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Technik des britischen Unterhauses, der empfiehlt, Eltern künftig das Recht einzuräumen, Kinder, die nach künstlicher Befruchtung entstanden sind, nach deren Geschlecht zu selektieren.*

## Tops & Flops



Der »Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis an bis zum natürlichen Tod« soll in der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein verankert werden. Dafür sprach sich **Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein** bei der Eröffnung des Landtags Mitte April in Vaduz aus.

»Bei der Frage, ob menschliches Leben getötet werden darf, um anderem menschlichen Leben mehr Freiheit, Selbstbestimmung oder materiellen Wohlstand zu ermöglichen, wird die Abwägung eindeutig in Richtung Schutz des menschlichen Lebens und Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung gehen müssen«, erklärte der Erbprinz. Obwohl im Fürstentum Liechtenstein »Angriffe auf ungeborenes menschliches Leben unter Strafe« stehen, gebe es Bemühungen um eine Fristenlösung, sagte der Erbprinz. Er forderte die Abgeordneten auf, darüber nachzudenken, »wie einer ungewollt schwangeren Mutter besser geholfen werden kann, wie kinderreiche Familien durch den Staat besser geschützt werden können und wie ein Altern und Sterben in Würde durch Pflegeeinrichtungen, Schulung von Pflegepersonal, Hospizkarenz und andere Hilfen erleichtert werden kann«.



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein



Der an der tödlich verlaufenden Nervenkrankheit ALS leidende Maler **Jörg Immendorff** hat sich in China Zellen aus dem Gewebe abgetriebener Kinder ins Hirn spritzen lassen. Laut Presseberichten ließ sich der 59-jährige Düsseldorfer Kunstprofessor im Pekinger West-Berge-Krankenhaus zwei Millionen Nasenzellen von abgetriebenen Kindern an zwei Stellen ins Gehirn spritzen. Dort praktiziert der Neurochirurg Huang Hongyun weltweit als einziger das sowohl unethische als auch medizinisch umstrittene Verfahren.

Bei ALS (Amyotrophischer Lateralsklerose) werden die Neuronen zerstört, was zur schrittweisen Lähmung des ganzen Körpers führt, bis am Ende auch die Atmung aussetzt. Immendorff hofft den Berichten zufolge nun, dass die Nasenzellen der abgetriebenen Kinder die beschädigten Nervenzellen wiederherstellen und den Selbstheilungsmechanismus aktivieren. Der Maler hatte erst nach vollendeter Operation den ihn in Deutschland behandelnden Arzt Thomas Meyer von der Berliner Charité informiert. Tatsächlich hält Meyer das Vorgehen des chinesischen Kollegen denn auch für »unseriös und unethisch«.



Prof. Jörg Immendorff



# Aus dem Netz gefischt

[www.dasleuchterfeuer.de](http://www.dasleuchterfeuer.de)

[www.dasleuchterfeuer.de](http://www.dasleuchterfeuer.de) – so lautet die Domain einer den Besuch lohnenden Internetplattform für Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Die ansprechend gestaltete Homepage bietet nicht nur eine Notruf-Hotline an, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr durch geschulte Beraterinnen besetzt ist, sondern auch verschiedene Foren, in denen betroffene Frauen sich untereinander austauschen können. Wo besonders sensible Themen behandelt werden, wie etwa Familienleben nach einer Abtreibung, ist eine Registrierung für die Teilnahme erforderlich. Ansonsten sind die Foren offen. Laut Hans Leicher, der zusammen mit Ute Stummeyer »Das Leuchterfeuer« im Juni 2001 als Bürgerinitiative gründete, greifen mittlerweile »sogar Beratungsstel-

Amtsängigen und Gesprächen, persönliche Begleitung, Betreuung und Unterstützung während und nach der Schwangerschaft.



Falls gewünscht könne die Beratung aber auch »gerne glaubensorientiert und mit seelsorgerischem Ansatz« erfolgen.

Aber auch für diejenigen, die vor allem Aufklärungsarbeit leisten, ist ein Besuch der Seite sicher lohnend. Zwar finden sich hier nur wenige Daten und Fakten, dafür gibt es aber eine ganze Menge persönlicher Zeugnisse. Statt mit »Werbung für Abtreibung« á la Pro familia (»nicht schlimmer als beim Zahnarzt«) wird der Besucher hier mit der traurigen Realität Betroffener konfrontiert. Auch für Lehrer, die das Thema »Abtreibung« im Unterricht behandeln, ist die Plattform [www.dasleuchterfeuer.de](http://www.dasleuchterfeuer.de) sicher einen Klick wert.

reb

»Hier wird der Besucher mit der traurigen Realität konfrontiert.«

len aus dem ganzen Bundesgebiet« auf die Hotline zurück.

Angeboten wird eine wertungsfreie, nicht konfessionell gebundene und zeitlich unbegrenzte Beratung, Begleitung bei

## »Deutschland. Das von morgen« (2)

Millionen von Jugendlichen, die nach dem Tod Johannes Pauls II. nach Rom reisten, um von dem Jahrhundert-Papst Abschied zu nehmen, haben Politik und Wirtschaft in Angst und Schrecken versetzt. Schlagartig wurde den Staats- und Unternehmenskernern bewusst, dass es in Deutschland an Angeboten für die Wähler und Konsumenten von morgen mangelt. Nun hagelt es Sofort-Maßnahmen: Telekom-Chef Kai Ricke soll sich bereits beim Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, erkundigt haben, mit wem die Telekom im Vatikan über die Rechte an geistlichem Liedgut verhandeln könne. Gerüchten zufolge will der Konzern

zum Weltjugendtag eine Kollektion neuer Klingeltöne für Mobiltelefone auf den Markt bringen. Ganz oben auf der Liste stünden »Großer Gott wir loben Dich« und das »Salve Regina«. Bundeskanzler Gerhard Schröder soll beim Bundespräsidialamt angefragt haben, ob er seinem Amtseid die Formel »So wahr mir Gott helfe« auch noch nachträglich anhängen könne. Und FDP-Chef Guido Westerwelle hat dem Vernehmen nach im kleinen Kreis durchblicken lassen, dass er sich selbst eine Verkürzung der Frist, bis zu der Frauen straffrei und rechtswidrig abtreiben können, nun vorstellen könne. Im Gespräch seien 11 1/2 statt wie bislang 12 Wochen. *Stefan Rehder*

## KURZ & BÜNDIG

### Ärzte lehnen Euthanasie ab

Laut einer von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten repräsentativen Umfrage sind nur 10 Prozent der Ärzte in Deutschland bereit, bei der Tötung auf Verlangen zu assistieren. Danach lehnt ein Drittel der Ärzte jede Form der Sterbehilfe oder ihre Vorbereitung generell ab. 67 Prozent können sich lediglich vorstellen, auf ausdrücklichen Wunsch des Patienten hin lebensverlängernde Maßnahmen zu unterlassen, wenn durch diese nur der Todeseintritt verzögert, die Krankheit aber nicht mehr aufgehalten werden könne. Bei den Versicherten zeichnet die Umfrage ein abweichendes Bild. Zwar plädieren auch dort zwei Drittel der Befragten für das Unterlassen lebensverlängernder Maßnahmen. Allerdings lehnen nur 9 Prozent sowohl die aktive als auch passive Sterbehilfe generell ab. 45 Prozent finden, dass Ärzte bei der Selbsttötung des Patienten assistieren können sollten.

reb

### Kirche will Lebensrechtler stützen

Der Präsident des Päpstlichen Rates »Justitia et Pax«, Renato Kardinal Martino, hat die nationalen Bischofskonferenzen zu einer stärkeren Unterstützung der Lebensrechtsbewegungen in ihren Ländern aufgerufen. Während einer Konferenz anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Verabschiedung der



Renato Kardinal Martino

Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute (»Gaudium et Spes«) erklärte Martino, hätte der Heilige Stuhl bei den Weltkonferenzen der Vereinten Nationen 1994 in Kairo (Bevölkerung) und 1995 in Peking (Frauen) nicht so eng mit den Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet, dann hätte er nicht erreicht, dass alle Anstrengungen scheiterten, die ein »Recht auf Abtreibung« in die Abschlussdokumente hineinschreiben wollten. Kardinal Martino vertrat sechzehn Jahre lang den Heiligen Stuhl bei den Vereinten Nationen in New York, bevor er 2002 die Nachfolge des verstorbenen vietnamesischen Kardinals van Thuan als Präsident des Rates für Frieden und Gerechtigkeit übernahm. In seiner Ansprache wies Martino auch darauf hin, dass der enge Schulterschluss von Bischöfen und Pro-Life-Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits sichtbare Früchte und eine Verbesserung des Lebensschutzes gebracht habe.

reb